

Die bleibenden Werte der Enzyklika *Pacem in terris* als Fundament einer erneuerten internationalen Ordnung

HARALD TRIPP

1. HINFÜHRUNG

Unsere gegenwärtige Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts ist gezeichnet von sozialen sowie politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Nationen, als auch auf dem internationalen Parkett im Zusammenleben der Völkergemeinschaft. Einerseits ist der Grund dafür sicherlich zu suchen im ständig fortdauernden Konflikt zwischen Israel und Palästina, andererseits durch die jüngsten Entwicklungen nach dem Irakkrieg, letztlich im stets zunehmenden Terrorismus im Nahen Osten, in den Vereinigten Staaten, jüngst auch in Europa. Diese Spannungen zeichnen sich als unübersehbare Folge einer wachsenden Ungerechtigkeit und Ungleichheit zwischen den Völkern der Erde aus. Man kann es daher nur begrüßen, daß Papst Johannes Paul II. die Inhalte der Enzyklika *Pacem in terris* in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag vom 1. Januar 2003 der Völkergemeinschaft ins Gedächtnis rufen wollte. Dieses Lehrschreiben, das sich nach *Rerum novarum* und *Mater et magistra* in die Reihe der Dokumente christlicher Soziallehre reihen läßt, wurde am 11. April 1963 veröffentlicht und an alle Männer und Frauen guten Willens gerichtet, egal welcher Weltanschauung oder Religion sie angehören. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung – in politisch schwieriger Stunde – wollte alle Menschen zu einer ernsthaften Prüfung des Gewissens im Hinblick auf den notwendigen Dialog zweier sich gegenüberstehender militärischer Blöcke, der Vereinigten Staaten und der Sowjetischen Union, einladen. Eine Gesprächsbasis wurde umso wichtiger, weil dieser Gegensatz in einen Dritten Weltkrieg auszubrechen drohte.

Wie damals, so scheint auch heute der starke Aufruf einer Realisierung des Gemeinwohls unter der Führung einer öffentlichen und weltweiten Autorität wie der der Vereinten Nationen, sowie eine Forderung nach den elementaren Menschenrechten in allen Dimensionen ausgehend von den Ländern, die am meisten unter den Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten leiden, ein Desiderat zu sein, das seine volle Aktualität beanspruchen darf¹. Die vorliegenden Reflexionen basieren auf einer Relecture der Enzyklika *Pacem in terris* und wollen deren bleibende Werte für das aktuelle politische Geschehen auf internationaler Ebene zu erhellen versuchen².

2. EIN KOMPAß ZUR ORIENTIERUNG

Die gegenwärtig dringliche Aufgabe ist wohl die, aus den verschiedenen Kulturen und Religionen Werte aufzuzeigen, die Einigung und Einverständnis schaffen können über jeglichen Unterschied hinaus, um eben die verschiedenen Teile der Menschheitsfamilie anzunähern und zu versöhnen, und um gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben im gegenseitigen Respekt entsprechende Grundlagen zu schaffen³.

Dies darf als die Grundbotschaft der Enzyklika *Pacem in terris* verstanden werden, die auch nach 40 Jahren ihre gewiß prophetische Kraft als auch moralische, kulturelle und politische Aktualität nicht eingebüßt hat. Das Lehrschreiben macht sich deshalb wie ein Kompaß in einer Zeit aus, die oft orientierungslos und ohne verantwortbare Fundamente ihre

politischen Entscheidungen zu treffen scheint. Es gilt mit ihrer Lehre die neuen Ideologien des politisch-religiösen Fundamentalismus, der sich im Terrorismus unserer Tage konkretisiert, zu bewältigen. Der Unilateralismus, der von einer wirtschaftlichen wie auch militärischen Supermacht oder auch von schwächeren Ländern, wenn diese nukleare oder bakteriologische Waffen besitzen, gepflegt wird, muß gebremst werden, weil er dem Grundsatz der gegenseitigen globalen Abhängigkeit widerspricht in dem Sinne, daß jedes Handeln des Einen folglich Konsequenzen für den Anderen und umgekehrt haben könnte⁴. Wenn man nun solche Einseitigkeiten politischer oder militärischer Art dulden würde, die sich schon in ihrem Ansatz als Theorie einer neuen Ideologie verstehen könnten, dann würde dies ein Bremsen oder Nützen des Globalisierungsprozesses zum eigenen Vorteil bedeuten. Dieser Prozeß der Globalisierung, an sich weder gut noch schlecht, kann aber zum Wohle aller gereichen, wenn er von Solidarität und dem Gemeinwohl geprägt wird⁵.

2.1 Das Drama der Armut und die mißbrauchten Rechte oder die Krise der Vereinten Nationen

Die Würde des Menschen in ihrem existenziellen wie auch moralischen Sinn ist grundsätzlich unantastbar und steht vor jeglicher Klassifizierung aufgrund geschichtlicher Ereignisse und Situationen, wie Johannes XIII. in seiner Enzyklika *Pacem in terris* betont hat⁶. Johannes Paul II. hingegen hat bei mehreren Gelegenheiten sowie auch jüngst darauf hingewiesen, daß es in unserer Welt noch immer weite Zonen gibt, wo Milliarden von Menschen ohne Rechte leben⁷. Man darf sich schon die Frage stellen, wie heute ein Entwicklungsmodell als tragfähig erachtet werden kann, wo 20% der Weltbevölkerung im Norden des Globus 80% der Güter beanspruchen, während die 80% der Menschheit in der südlichen Hemisphäre nur über 20% der Güter verfügen. Elf Millionen Kinder sterben jedes Jahr an den Folgen von Hunger, Krankheit und Unterernährung. Der Friede und die Gerechtigkeit können in einer Welt nicht regieren, wo immer noch eine Milliarde und dreihunderttausend Personen mit weniger als einem Dollar ihren Tag bestreiten müssen, ohne trinkbares Wasser, ohne Zugang zu ärztlicher Betreuung und ohne elementaren Unterricht zur Verfügung haben zu können. Dies betrifft aber auch die Mittel der Kommunikation. Bis heute haben etwa zweieinhalb Milliarden von Menschen keinen Zugang zum Internet oder anderen Kommunikationsmitteln. Sicherlich werden die reicheren Völker auch durch ihre innovativen Technologien zum Fortschritt dieser Völker beitragen. Auf der anderen Seite können aber diese sog. Entwicklungsländer innerhalb der internationalen Gemeinschaft durch ihr Elend und ihre Verschuldung nur sehr schwer zu Hauptdarstellern werden, da ihre Stimme schwach und ungehört bleibt dort, wo man wesentliche Entscheidungen trifft, wie in der Weltbank, dem internationalen Währungsfond, in der Welthandelsorganisation oder auch in den Vereinten Nationen.

Vor solchen ungerechten Situationen kann sich eine Gemeinschaft wie die Vereinten Nationen, die im Jahre 1948 die Erklärung der Menschenrechte proklamiert hat, sicherlich nicht einfach zurückziehen. Die Vereinten Nationen können nicht ohne eine wirksame Antwort verbleiben, wenn es darum geht, Resolutionen auf dem Papier in die Tat umzusetzen. Die 190 Mitgliederstaaten dieser Organisation können nicht bloß indifferent bleiben oder sich auf Diskussionen oder Abstimmungen einlassen, die für den einzelnen oder das Kollektiv nicht zu konsequenten Handlungen führen. Ein Problem besteht heute sicherlich darin, die Einseitigkeiten gewisser Staaten innerhalb der Gemeinschaft zu stoppen, die ein Übergewicht zum Nachteil der Vereinten Nationen besitzen. Falls man dies nicht schaffen sollte, könnte der Zustand einer langsamen Agonie Einkehr halten und falls die Krise nicht innerhalb einer gewissen Zeit behoben sein sollte, könnte auch die ganze Gemeinschaft von einem Zerfall bedroht sein⁸.

Aus Überzeugung hatte deshalb schon Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika *Pacem in terris* den Wunsch ausgesprochen, daß die Vereinten Nationen in ihrer Struktur und mit ihren Mitteln sich immer mehr der Weite und Edelheit ihrer Aufgaben bewußt werden, und daß der Tag kommen werde, an dem die einzelnen Menschen in ihnen einen wirksamen Schutz jener Rechte finden mögen, die sich unmittelbar von ihrer Würde als

Person ableiten lassen und daß diese als allgemeine, unveräußerliche sowie unverletzliche Rechte zu gelten hätten⁹. In diesem Zusammenhang scheint es auch geboten zu sein, darauf hinzuweisen, daß der Heilige Vater von einer gewissen Furcht gezeichnet war, daß die öffentlichen Kräfte bzw. Weltmächte nicht etwa für Eigeninteressen instrumentalisiert würden und auch in ihrem Tun jegliche Parteilichkeit zu meiden wissen, da andernfalls die Wirksamkeit der Handlungen eingeschränkt wäre¹⁰. Man muß der Erinnerung an die lange und unruhige Zeitspanne um den Kalten Krieg Raum bieten, wo die Vereinten Nationen ein Resonanzraum für die beiden Großmächte von Vereinigten Staaten sowie Sowjetischer Union gewesen sind, die mit ihren jeweiligen Alliierten autonom gehandelt haben¹¹.

Von dem Fall der Mauer (1989-1991) bis heute wird die internationale Staatengemeinschaft jedoch, wie dies auch aus den Entwicklungen der jüngsten Ereignisse abzulesen ist, stark konditioniert von den Vereinigten Staaten, die als einzige Macht bestehen geblieben sind.

2.2 Überdenken der internationalen Beziehungen

Es gibt eine gewisse Übereinstimmung in den verschiedenen Analysen, wie die internationale Lage der letzten Jahre sich grundlegend gewandelt hätte und wie diese neue Situation vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika durch das Attentat vom 11. September 2001 mit dem Einsturz des World Trade Centers und dem Anschlag auf das Pentagon in Washington in eine neue Lage gebracht hätten. Von dort ausgehend stellen sich bis heute die Fragen nach dem beunruhigenden Phänomen des Terrorismus vor allem im Bereich des politisch-religiösen Islam, nach der Person des Osama Bin Laden, nach den Unterstützern und Geldgebern der Organisation Al Qaida, die zu gewissen Staaten undurchsichtige Verbindungen pflegen¹². Tragische Ereignisse, die neben Tausenden von Opfern auch die bisher fast mythische Unverletzbarkeit von Amerika und damit den Stolz des amerikanischen Volkes angeschlagen haben. Dies passierte zum erstenmal, seit dem die Staaten mit ihren wirtschaftlichen und militärischen Kräften das internationale Parkett betraten.

Von der Oktoberrevolution 1917 an war die Sowjetische Union jeher aufgrund ihrer kommunistischen Ideale vom Abendland „bedroht“ gewesen. Die Vereinigten Staaten hingegen hatte sie als Alliierte mit den anderen europäischen demokratischen Staaten nur dann akzeptiert, wenn es darum ging, den Nazismus und den Faschismus während des Zweiten Weltkrieges zu bekämpfen und zu besiegen. Um dieses Ziel zu verwirklichen hatte die Sowjetische Union mehr als zwanzig Millionen Tote zu beklagen.

Mit dem Anbrechen der Gefahr des Kalten Krieges vom Ende der 40er Jahre bis zum Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts war die Welt wiederum in zwei große Einflußbereiche und in zwei entgegengesetzte militärisch-politische Blöcke getrennt. Es bestand die wirkliche Gefahr eines Dritten Weltkrieges unter Anwendung nuklearer Waffen. Die Konsequenzen eines solchen Krieges wären weit größer gewesen als die Ausmaße der Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945. Eine Gefahr, die vielen Beobachtern nach der Wende von 1989-1991 wohl als überholt galt, als Amerika allein als Weltmacht übrig geblieben war.

Im Angesichte dieser Tatsachen kann man als einsichtiges Ergebnis nur sagen, daß man in den Jahren zwischen 1989-1991 und dem 11. September 2001 zu wenig bedacht hatte, was eigentlich in der Welt vor sich ging. Zwölf Jahre in einer Welt, die eingebunden war in einen umfassenden und frenetischen Prozeß wirtschaftlicher Globalisierung auf einem freien Markt, der ohne internationale Regelungen ein perverses Übermaß dieses Phänomens zu erreichen suchte. Darüberhinaus wurde auch nicht versucht, diese Entwicklung dahingehend auszurichten, eine weitere Unausgeglichenheit zum Vorteil der reichen Länder und zum Nachteil der ärmeren und technisch unterentwickelten Länder zu unterbinden.

Man hat sich nicht einmal gefragt, was man während der Zeit vom Ende des ersten Golfkrieges 1991 bis zum Jahre 2001 verabsäumt hätte, um ein Anwachsen des Terrorismus sowie eine Wiederbewaffnung Saddam Husseins zu vermeiden. Zehn Jahre lang hatte man die Situation im Mittleren Osten ihr selbst überlassen, ohne etwa nach einer vernünftigen Lösung des Konfliktes zwischen Palästina und Israel unter Mitarbeit der gemäßigten

arabischen Staaten zu trachten und ohne ernsthaft das Problem der Armut und Unterentwicklung von Milliarden Personen in Angriff zu nehmen.

Man hatte offensichtlich dieser Entwicklung nicht das rechte Augenmerk gegeben, zumal Saddam Hussein nach dem ersten Golfkrieg von 1991 als Diktator weiter das Land regierte, Wunden im Mittleren Osten aufgerissen wurden, und die Wut des irakischen Volkes, das durch mehr als zwölf Jahre von einem wirtschaftlichen und politischen Embargo betroffen war, ignoriert hatte. Diese Entwicklung hatte auch einen bitteren Nebeneffekt für den Konflikt zwischen Israel und Palästina mit negativen Auswirkungen in der ganzen arabischen und islamischen Welt bis Afghanistan und darüber hinaus¹³.

Deshalb hat Papst Johannes Paul II. aus Überzeugung daran festgehalten, was schon sein Vorgänger Johannes XXIII. in seiner Enzyklika *Pacem in terris* offen dargelegt hatte, daß nämlich die Globalisierung *a priori* in sich weder gut noch schlecht sei. Falls sie aber nicht von Kriterien der Solidarität geleitet wäre, würde erneut ein Risiko für eine neue Form des Kolonialismus bestehen, die offenkundig in der Macht der Stärkeren die Schwächeren ausschließen würde¹⁴. Es handelt sich hier gewiß um eine sehr aussagekräftige Feststellung, die kaum ein Politiker so offen formulieren würde. Wenn man jedoch die Ereignisse dieser letzten Jahre genauer beobachtet, wird man wohl sehen, daß sich diese Worte als Wahrheit entpuppen. Es handelt sich hier wohl näherhin auch um ein Problem, das von den Wissenschaftlern in verschiedenen Studien dargelegt, von Seiten der Verantwortlichen in der Politik aber wohl noch zu wenig konkret betrachtet worden ist.

Die unerwartete terroristische Attacke des 11. September 2001 wurde nicht etwa wie früher durch eine Kriegserklärung eines Staates mit formeller Erklärung, sondern von einem zum Zeitpunkt seines Geschehens nicht näher erfaßbaren oder identifizierbaren Subjekt ausgeführt. Dies war eine neue Tatsache und hatte alle Strategien, Allianzen und Werte in Frage stellen lassen. Die große Koalition gegen den Terror, die vom amerikanischen Präsidenten G. Bush jun. sofort nach diesem Anschlag mit Europa, Rußland, China sowie den gemäßigten arabischen Staaten ins Leben gerufen wurde, war wohl das Zeichen der Öffnung einer neuen politischen Jahreszeit; neu nicht zuletzt deshalb, weil es sich dabei um eine Umkehrung alter Allianzen im Vergleich zu der Zeit des Kalten Krieges etwa, wo eine starke Opposition zwischen Ost und West geherrscht hatte, handelt.

Dieser eingeschlagene Weg mit der großen Koalition könnte sich als unsicher herausstellen, wenn man sich nicht anschickt, ein paar Schlüsselprobleme einer Lösung zuzuführen. Dies betrifft in erster Linie den Konflikt zwischen Palästina und Israel, und in der Folge eine Beseitigung der Gründe, die in diesen Ländern zum Haß und zu Rebellion gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika geführt haben. Die Gründe dafür liegen sicherlich in der Verletzung der Menschenrechte, im Beharren auf Ungerechtigkeiten und in der unerträglichen Armut in weiten Zonen unseres Globus. Dann würde es immer unwahrscheinlicher sein, daß man so viele Kinder für einen „Heiligen Krieg“ gegen das „verhaßte“ Amerika begeistern können wird.

2.3 Kein Zusammenstoß der Kulturen, sondern Suche nach gemeinsamen Werten

Der amerikanische Politologe Samuel P. Huntington hatte gleichsam prophetisch in einem seiner Bücher schon im Jahre 1996 die Frage aufgeworfen, ob sich unsere Generation vor einem sogenannten Zusammenstoß der Kulturen befinde¹⁵. Andere Gelehrte und Experten der internationalen Politik wie etwa John Gaddis und Paul Kennedy nennen den Zeitraum von 1989 bis 11. September 2001 die sog. Zeit nach dem Kalten Krieg, aber nur wenige von ihnen haben wohl nach den Gründen danach gesucht, warum Amerika verwundbar war¹⁶. Eine historische Periode, in der sich Amerika als einzig übriggebliebene Supermacht nach dem Untergang der Sowjetischen Union gesehen und gefühlt hat, scheint wie auch der Traum von der Unverwundbarkeit jener großen Nation, vorbei zu sein. Beobachter haben leider durch eine falsch verstandene Situationsanalyse die Auswirkungen der anwachsenden Unabhängigkeit der Märkte mit der Beschleunigung des Globalisierungsprozesses nicht richtig wahrnehmen können, gleich wie auch die Meinung derer, die sich durch den immensen Druck der Supermacht Amerika gedemütigt fühlten.

Gerade hier sind sicherlich die Hauptgründe für den Haß und die Rache gegenüber Amerika zu suchen. Ein „Anti Amerikanismus“, der der großen Nation sicherlich nichts nützt, noch den alliierten Partnern in Europa, in China oder Rußland, noch den moderaten arabischen Ländern, die mühevoll nach Demokratie und Freiheit streben, noch dem Weltfrieden zum Fortschritt dient, zeichnet sich in der Gegenwart ab.

2.4 Dialog zwischen Zivilisationen und Religionen

Wenn man nicht konkret an einer Alternative zur Lösung und Beilegung von diesen Konflikten und Auseinandersetzungen suchen wird, wird man Gefahr laufen, in einer imperialen Hegemonie zu landen, wie dies schon teilweise aus Überzeugung von gewissen konservativen Denkern aus der Verwaltung Bush zu vermuten ist¹⁷. Der Kampf und die feindliche Auseinandersetzung gegen den Terrorismus wären gerechtfertigt und würde ohne weiteres auch jeden weiteren Präventivkrieg rechtfertigen gegenüber demjenigen, der es wagen würde, die aufgestellte Ordnung zu bedrohen oder durcheinanderzubringen. Aber auch für eine solche Politik sprechen eher wirtschaftliche Interessen als allgemein verbindliche ethisch-politische Prinzipien. Ob dies trotz der Terrorattacken unter das Recht legitimer Verteidigung zu reihen wäre, bleibt unserer Meinung nach äußerst fragwürdig.

Man würde nämlich auf diese Weise wiederum zum Begriff des gerechten Krieges zurückkehren. Umso wichtiger scheint es, daß in diesem Zusammenhang Papst Johannes Paul II. die Grundsätze der Enzyklika *Pacem in terris* erneut bekräftigt hat. Der Einsatz für den Weltfrieden ist ein fortdauernder Einsatz, um eine veränderte und auf Frieden und Gerechtigkeit fundierte Weltordnung zu erhalten, die die Idee des gerechten Krieges nicht mehr benötigt und zur Konstruktion des gerechten Friedens führt¹⁸. Um diese Vision glaubhaft vor den Nationen der Welt darzustellen, haben sich die Gemeinschaften aller Weltreligionen am 24. Januar 2002 in Assisi zu einem Treffen eingefunden, bei dem in einem Dokument festgehalten wurde, daß niemand im Namen Gottes töten dürfe und daß die Religionen selbst Sinnbilder für den Frieden und die Ablehnung von Gewalt bedeuten würden¹⁹. Gewiß war dies ein bedeutendes Ereignis als friedliche Antwort auf einen 11. September 2001 und auf ähnliche Gewaltakte, die leider dem ersten Anschlag von New York folgen sollten, und diente vor allem dazu, die Politik zu bewegen, die Parlamente, die internationale Gemeinschaft sowie die Organisation der Vereinten Nationen und die Völker wachzurütteln. Assisi wurde zur „Ikone des Friedens“ und hat aufzeigen wollen, daß es nicht um ein Gegeneinander der Religionen, sondern um ein Miteinander der Glaubensgemeinschaften für den Weltfrieden geht²⁰. Die islamische Religion, die in moderater Form die Gewalt verurteilt, wie dies auf beispielhafte Weise in Assisi und an anderen Orten zum Ausdruck gekommen ist, hat wohl ein Bedürfnis nach Freiheit, um sich selbst im Angesichte der Modernität zu überdenken sowie ihr Rechtsdenken im Lichte der Postmoderne zu reflektieren. Die gemäßigten religiösen Führer des Islam wollen ihre Religion dahingehend reformieren, daß sie eine durchwegs positive Rolle im interreligiösen Gespräch und in der Entwicklung der politischen Kultur der gemäßigten arabischen Staaten spielen, damit auch eine Öffnung gegenüber dem Abendland und der übrigen Welt symbolisiert wird. Die Konflikte um den Terror hingegen blockieren, verlangsamen oder verfälschen gar diese lobenswerten Prozesse.

Heute ist es eine Tatsache, daß die Muslime sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa überall anzutreffen sind. Die Muslime in Europa zählen mit ihren Familien Millionen, sprechen verschiedene europäische Sprachen und schicken ihre Kinder an Schulen und Universitäten jeder Richtung. Probleme der kulturellen und religiösen Integration tun sich mancherorts auf, und die Gesetzgebung hat ein großes Bedürfnis nach Regeln, die das Zusammenleben unter den Menschen ordnen. Um diesen Problemen in rechter Weise zu begegnen, nützt es nicht, sich um ein Kopftuch oder ein Kreuz an öffentlichen Plätzen zu streiten; vielmehr sollte unser Beispiel des Dialogs auch ein Anreiz für den Islam bieten, ihrerseits den Andersglaubenden die rechte Toleranz und die notwendige Wertschätzung zu gewähren. Gerade den Flüchtlingen und Minderheiten hat in dieser Weise Johannes XXIII. vor vierzig Jahren bedeutende Zeilen in seiner Enzyklika gewidmet²¹.

Die Beseitigung einer Welt, die im Zeitalter des Kalten Krieges über Jahrzehnte in zwei gegensätzliche Blöcke gespalten zu sein schien, verdankt sich nicht etwa dem Krieg, sondern vielmehr dem geduldrigen politisch-diplomatischen Gespräch und Dialog, der auch zwischen Kulturen und Religionen geführt worden ist, wie es Papst Johannes XXIII. in der Enzyklika *Pacem in terris* der Welt vor Augen gestellt hat. Aufgrund dieser historischen Tatsachen läßt sich letztlich auch ausmachen, daß die wirkliche Herausforderung der Gegenwart unseres 21. Jahrhunderts nicht mit den Waffen, sondern nur im Dialog zwischen Kulturen und Religionen zu bewältigen ist. Schlußfolgernd ist hier anzumerken, daß der Krieg, den die Vereinigten Staaten gegen den Irak am 20. März 2003 ohne den Konsens der Organisation der Vereinten Nationen begonnen hat, objektiv als gefährliche unilaterale Handlung bezeichnet werden muß.

3. PROPHETISCHE ZEICHEN FÜR EINE VISION DES FRIEDENS

Die Beseitigung des aktuellen Terrorismus wird nicht so sehr von den Waffen als vom Gewissen der einzelnen Personen und Völker abhängen, in denen man die Wahl zum gerechten Frieden reifen lassen wird müssen. Dies bedeutet eine Entfernung aller Gründe des Mißtrauens anderen gegenüber sowie auch ein Abbauen von Vorurteilen und Ungerechtigkeiten²². Viele Hinweise sind es, die die Enzyklika enthält, um dieses Ziel zu erreichen²³. Es erscheint uns nützlich danach zu fragen, welche von diesen Zeichen nunmehr nach knapp mehr als vierzig Jahren seit der Veröffentlichung des Dokumentes in den praktisch politisch-ethischen Handlungskodex der nationalen und internationalen Gemeinschaft Eingang gefunden haben²⁴. In *Pacem in terris* liest man: „Mehr und mehr hat sich in unseren Tagen die Überzeugung unter den Menschen verbreitet, daß die Streitigkeiten, die unter Umständen zwischen den Völkern entstehen, nicht durch Waffengewalt, sondern durch Verträge und Verhandlungen beizulegen sind.“²⁵ Von diesem Hintergrund aus konnte sich eine neue Kultur entwickeln, die wesentlich mehr zur Konstruktion des Friedens durch einen ehrlichen Dialog und durch gegenseitiges Verstehen als durch einen bewaffneten Konflikt beizutragen lernte.

3.1 Die Würde, die Rechte und die Pflichten der Person und der politischen Gemeinschaft

Papst Johannes XXIII. hatte die glückliche Eingebung in einer schwierigen Stunde, die Enzyklika *Pacem in terris* zu verfassen und somit vor der Welt eine großartige Geste zu setzen, nämlich sie einzuladen, ihre wahre Würde als Person im existentiellen Sinne zu suchen, um im jeweiligen geschichtlichen Kontext diese zu unterstreichen. Der Mensch konnte also begreifen, daß es sich dabei um ein Recht handelte, das ihm als Person gegeben war, und das auch in der ihn umgebenden Gesellschaft und in dem Staat, in den Gesetzen und Institutionen, entsprechend anerkannt werden sollte. Dies läßt auch uns heute ein, unsere Situation auf dem europäischen Kontinent kritisch zu durchleuchten.

Es ist wohl wahr, daß die Menschenrechte, die Teil der Erklärung der UNO im Jahre 1948 geworden sind, in einer Zeit und geschichtlichen Situation entstanden sind, in der man daran dachte, die Werte der modernen Zivilisation vom individuellen, sozialen und institutionalen Gesichtspunkt aus festzuhalten. Leider existieren heute in vielen Ländern des Mittleren Ostens, in Afrika oder in Asien sowie in Lateinamerika sozialpolitische Realitäten, in denen diese Werte stark eingeschränkt oder sogar ganz verletzt und übergangen werden²⁶. Gegenüber solchen Situationen oder anderen, in denen die Menschenrechte in ihrem Inhalt als auch in ihrem Grundgehalt aufgrund eines Regimewechsels modifiziert oder unterdrückt werden könnten, scheint die Antwort des Papstes klar und endgültig zu sein: Die unmittelbare Quelle, aus der diese Rechte sich ableiten lassen, ist die menschliche Person²⁷.

In dieser Weise wird ein objektives Fundament geschaffen und den Menschenrechten ein positiver Inhalt von einem konkreten und nicht nur prinzipiellen Standpunkt aus gegeben. Man anerkennt auch die Gewissensfreiheit und es wird unterstrichen, daß sich die

Würde jedes Menschen nur dann voll realisiert, wenn das Wachstum als Person entsprechend gefördert wird²⁸. Dadurch wird eine individualistische Sicht des Menschen abgelehnt und ein sozialer Konnex zwischen den Rechten des Einzelnen und den Rechten aller anderen Personen hergestellt. Die Enzyklika *Pacem in terris* stellt uns weiters somit die Konzeption eines modernen Staates vor Augen, der, obwohl er ein Rechtsstaat ist, zugleich auch ein Staat als Gemeinschaft ist, der seine Begründung im Gemeinwohl findet, das das Wohl aller und jedes einzelnen betrifft. Die politische Gemeinschaft wird hingegen als eine Gemeinschaft erfahren, die sich vom einzelnen Staat hin auf die weltweite politische Gemeinschaft durch kontinentale Verbindungen wie die Europäische Union ausweiten sollte. Sie trachtet danach, alle anderen Staaten aus dem östlichen Europa in die Gemeinschaft miteinzubeziehen, ohne sich in sich selbst zu verschließen, sondern vielmehr mit den anderen geopolitischen Wirklichkeiten einen intensiven Dialog zu führen²⁹. Das heißt im Hinblick auf die aktuelle Gefahr des Terrorismus in etwa, daß dieser nicht bloß durch ein einziges Land besiegt werden kann, sondern daß dies nur gemeinsam und vor allem innerhalb der internationalen Institutionen und vor allem der UNO zu verwirklichen ist. Damit dies aber auch wirklich geschehen kann, ist es von großer Wichtigkeit, daß die Europäische Union sich als Subjekt der Völker, die zu ihr gehören, versteht, welche eine wichtige politische, wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Wirklichkeit ausmachen.

3.2 Die „Zeichen der Zeit“ für neue internationale Beziehungen

Papst Johannes XXIII. hatte wohl die richtige Intuition zum Erfassen des Ganzen, sowie das Bewußtsein, an der Schwelle einer neuen historischen Situation zu stehen, in der jegliche hegemonische Einseitigkeit gefährlich wurde. Durch eine gewissenhafte Lektüre der „Zeichen der Zeit“ wurde Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika *Pacem in terris* auch angeregt, die Notwendigkeit und die Dringlichkeit einer internationalen Gemeinschaft, die sich auf Prinzipien des Gemeinwohls gründet, zu fordern. Er ermunterte weiters die nationale Gemeinschaft, die jüngste Geschichte des 20. Jahrhunderts, die durch zwei Kriege und Totalitarismen gekennzeichnet war, gründlich aufzuarbeiten. Er lud alle ein, über die Interessen und Gewinnsucht nachzudenken, die dazu führten, daß Millionen von Menschen Leid und Tod ertragen mußten; er versuchte aber auch, die Menschen auf die schweren Probleme hinzuweisen, die weltweit von der sozialen Ungerechtigkeit und Ungleichheit als Quelle des Unfriedens und Streites, als Ausgangspunkt neuer Konflikte herrühren, um diese „Logik“ in Frage zu stellen und letztlich zu überwinden³⁰.

Mit dieser prophetischen Vision hat Papst Johannes XXIII. die Fähigkeit dazu gehabt, in seiner Enzyklika *Pacem in terris* die Gründe dafür darzulegen, daß das Verständnis internationaler Beziehungen evaluiert, modifiziert und Schritt für Schritt erneuert werden mußte. Dazu sollte als Kriterium vor allem das Gemeinwohl dienen, um Gerechtigkeit und Frieden dort zu sichern, wo Konflikte und Unheil drohen könnten³¹. Dies führt letztlich dazu, daß die einzelnen Staaten trotz erheblicher Verzögerungen einer Beschränkung in den eigenen souveränen Rechten unterzogen werden, damit sie innerhalb einer rechtlich-politischen Gemeinschaft, die weltweit existiert, stehen, die letztlich als höchstes Ziel das Gemeinwohl verfolgt³².

Es wurde folglich immer wieder behauptet, daß die Ideologien in der Zeit von 1989-1991 gefallen wären. Fragen wir uns aber, ob am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht viele politische Entscheidungen den Hauch ideologischen Anstrichs tragen, nicht zuletzt deshalb, weil viele Kriegsgegner und Wissenschaftler den Krieg gegen Afghanistan und den Irak als einen Krieg des Erdöls bezeichnet haben? Afghanistan wird sicherlich immer mehr zum Knotenpunkt von Erdölleitungen, und der Irak besitzt eine strategische Stellung, die 50% des Erdölvorkommens im Mittleren Ostens zu Tage fördert.

Deshalb scheint es am Beginn des 21. Jahrhunderts wichtig zu sein, daß die Supermacht der Vereinigten Staaten ihre Interessen nicht alleine durchzusetzen trachtet, sondern vielmehr gemeinsam mit den anderen kleinen und großen Staaten handelt, damit die Organisation der Vereinten Nationen gestärkt wird und ihre Aufgaben, die ihr durch ein Statut von allen anderen Staaten – auch von Amerika – übertragen wurden, nachkommen kann.

Andernfalls droht ein sicheres Ende der Vereinten Nationen. Entweder es gilt das Prinzip der gegenseitigen Abhängigkeit unter der Führung der UNO oder man öffnet eben einer alarmierenden Situation der internationalen Beziehungen Tor und Tür.

3.3 Reform der Vereinten Nationen als eine Garantie von Frieden und Gerechtigkeit

Der Respekt vor der Würde der menschlichen Person, von Papst Johannes XXIII. mit allem Nachdruck betont, ist im Laufe der letzten Jahrzehnte immer mehr der Ausgangspunkt für eine Neuordnung der internationalen Beziehungen geworden. Dies wird auch zur großen Anfrage an unsere Zeit und an das 21. Jahrhundert überhaupt. Von diesem Hintergrund her läßt sich auch die Wichtigkeit der universellen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen erklären. So hat Johannes XXIII. in seiner Enzyklika deutlich hervorgehoben: „Ferner stellen sich die Vereinten Nationen als Hauptaufgabe, den Frieden unter den Völkern zu schützen und zu festigen sowie freundschaftliche Beziehungen unter ihnen zu pflegen und zu entwickeln, die auf den Grundsätzen der Gleichheit, der gegenseitigen Hochachtung und der vielfältigen Zusammenarbeit auf allen Gebieten menschlicher Aktivität gründen.“³³

Wenn man diese Orientierungspunkte und Prinzipien, und viele andere wären hier aus der Enzyklika wohl noch anzuführen, auf die heutige Situation anzuwenden gedenkt, dann hieße dies, daß alle Staaten, egal ob groß oder klein, in ihren Rechten und Pflichten gleich sind, und innerhalb der Versammlung der Vereinten Nationen bei Entscheidung die Mehrheit der Stimmen zu gelten habe. Jeder Staat muß sich dieser Entscheidung beugen. In dieser Optik muß im Statut auch der Rat für Sicherheit reformiert, erweitert und erneuert werden. Dabei müßte das Vetorecht eliminiert werden, das heute für die Gewinnerstaaten des Zweiten Weltkrieges wie Amerika, Rußland, China, Frankreich und Großbritannien noch immer eine Vergünstigung darstellt. In der Zwischenzeit hat sich die Weltbühne erheblich verändert. Die Europäische Union ist gewachsen und wurde erst jüngst durch eine Öffnung auf den Osten hin durch neue Mitgliedsstaaten bereichert. In der NATO, die einst als Gegenpol der Verteidigung zum kommunistischen Pakt von Warschau diente, arbeitet heute auch Rußland mit, und letztlich wurde eine Allianz gegen den Terror gegründet, der neben Amerika auch Europa, Rußland, China und gemäßigte Staaten der arabischen Welt angehören. Die afrikanischen Länder haben eine eigene Union gegründet, um innerhalb der internationalen Gemeinschaft mehr zu zählen.

Es geht deshalb heute vor allem um eine Reform der Vereinten Nationen und ihrer internen Entscheidungsmechanismen bzw. Organe, die auf der Basis der demokratischen Rechtsprinzipien vorgenommen werden, welche die modernen Verfassungen und Parlamente inspiriert haben, durch den demokratischen Mehrheitsentscheid und ohne Vetorecht Entscheidungen herbeizuführen³⁴.

Papst Johannes XXIII. hat in seiner Enzyklika *Pacem in terris* – ohne natürlich die Problematik der Entscheidungsfindung direkt anzusprechen – dennoch deutlich an der Weite und dem hohen Rang Aufgaben der Vereinten Nationen festgehalten, wenn er sagt: „Es ist daher zu wünschen, die Vereinten Nationen möchten ihre Organisation und ihre Mittel immer mehr der Weite und dem hohen Rang ihrer Aufgaben anzupassen imstande sein, damit bald die Zeit komme, in der diese Vereinigung die Rechte der menschlichen Person wirksam schützen kann; Rechte, die deswegen allgemein, unverletzlich und unveränderlich sind, weil sie unmittelbar aus der Würde der menschlichen Person entspringen.“³⁵ Und dabei greift der Pontifex einen Gedanken auf, der schon damals zu seiner Zeit offensichtlich deutlich wahrnehmbar war, wenn er sagt: „Und das umso mehr, weil die Menschen gegenwärtig in ihrer Nation mehr an der Gestaltung des öffentlichen Lebens teilhaben, mit lebhafterem Interesse die Anliegen aller Völker ununterbrochen verfolgen und sich immer mehr bewußt sind, daß sie als lebendige Glieder zur allgemeinen Menschheitsfamilie gehören.“³⁶

Heute ist dieser Wunsch wohl eine Notwendigkeit und ein Hinweis derer geworden, die nicht mehr Opfer und Hörige von Veto und Nichteinhaltung sein wollen. Es wächst daher die Ungeduld der Staaten, die eine Versammlung der Vereinten Nationen wünschen, die immer authentischer und wirksamer ihr eigenes Statut respektiert und somit als Autorität

die Anwendung ihrer Resolutionen zum Schutz aller durchsetzt. Dabei hat für alle zu gelten, daß weniger der Gebrauch der Waffen in Konfliktsituationen anzuwenden ist, als die Technik von Resolutionen und einer kreativen Diplomatie, die eine direkte Handlung ohne Gewaltanwendung voraussetzt.

3.4 *Solidarisches Gleichgewicht zwischen Bevölkerungen, Land und Kapital*

Wir haben in unseren Ausführungen bisher zu unterstreichen versucht, wie die Enzyklika *Pacem in terris* von den unveräußerlichen Grundrechten der menschlichen Person ausgeht, und diese als Fundament eines modernen laizistischen und pluralistischen Rechtsstaates auf die sozialen Beziehungen sowie auf das wirtschaftliche und politische Leben ausdehnt. Gleichzeitig werden dabei die Minderheiten respektiert, ethnische Gruppen geachtet, jede Form eines böswilligen Rassismus gänzlich ausgeschlossen³⁷. In gleicher Weise sollten sich auch die politischen Gemeinschaften auf internationaler Ebene diese fundamentalen Prinzipien zur Voraussetzung machen³⁸. Weiters geht es hier sicherlich um Beziehungen, die „gemäß der Wahrheit und Gerechtigkeit geregelt werden sollen, und durch tatkräftige Solidarität gefördert werden müssen... Diesbezüglich müssen wir uns vor Augen halten, daß die Staatsgewalt ihrer Natur nach nicht dazu eingesetzt ist, die Menschen in die Grenzen der jeweiligen politischen Gemeinschaft einzuzwängen, sondern vor allem für das Gemeinwohl des Staates zu sorgen, das von dem der ganzen Menschheitsfamilie gewiß nicht getrennt werden kann.“³⁹ Die Enzyklika hat in diesem Zusammenhang offensichtlich die kritischen Reflexionen, die sich in unserer Zeit der Globalisierung vermehren, im Hinblick auf die offenen Widersprüchlichkeiten, die zum Nachteil der ärmsten und schwächsten Staaten in den Entwicklungsländern herrschen, schon vorweggenommen, wenn es heißt: „Es ist allgemein bekannt, daß mancherorts auf Erden ein ungleiches Verhältnis zwischen der Fläche des bestellbaren Landes und der Zahl der Einwohner besteht, anderswo zwischen den Bodenschätzen und den zur Verfügung stehenden Mitteln zu deren Ausbeutung. Daraus entspringt die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zum Zweck eines leichteren Austausches der Menschen, der Güter und der Kapitalien.“⁴⁰

Auch das Problem der Immigration kann im 21. Jahrhundert nicht bloß von einem einzelnen Staat bewältigt werden, sondern muß von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen in den Blickfang genommen werden. Dies postuliert wiederum notwendige und fortwährende Aktualisierung und Verstärkung der Strukturen dieser Gemeinschaften.

4. AUSBLICK

Die Worte der Enzyklika *Pacem in terris*, die wir im gegenwärtigen Kontext politischen Geschehens zu beleuchten bedacht waren, verdeutlichen auf ihre Weise die Bedeutung eines päpstlichen Lehrschreibens, das mehr als vierzig Jahre alt auch heute noch eine ungebrochene Aktualität vor der Welt besitzt und uns zum Nachdenken darüber einlädt, wie man trotz einer solchen Zeitspanne noch immer für die Realisierung von Rechten eintreten muß, die die menschliche Person von ihrer Geburt an betreffen⁴¹.

Nach Papst Johannes XXIII. und Papst Paul VI., die dem Heiligen Stuhl zu einer immer autonomeren Stellung verhalfen, um auch die Beseitigung der Trennung der Welt durch zwei politisch-militärischer Blöcke zu begünstigen, setzt Papst Johannes Paul II. diese Linie im Namen der Menschenrechte, des interkulturellen und interreligiösen Dialogs jedenfalls entschieden fort⁴².

Die Enzyklika *Pacem in terris* hat jedenfalls den fruchtbaren und entscheidenden Samen dafür gelegt, daß der Krieg nie ein unabwendbares Schicksal für die Menschheit bedeutet, und das Bewußtsein geprägt, daß dieser immer mit einer Niederlage für die Würde der menschlichen Person verbunden ist⁴³. Der Weg, den es deshalb zu beschreiten gilt, muß immer vom aufrichtigen Dialog und von ehrlicher Solidarität zwischen den Staaten beseelt sein. Nur so kann für die internationale Gemeinschaft ein zuversichtlicher und vielversprechender Weg für das 21. Jahrhundert erhofft werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. dazu JOHANNES PAUL II., *Botschaft zum Weltfriedenstag 2003, Pacem in terris: Eine bleibende Aufgabe*, 6: „Ist dies nicht etwa der Zeitpunkt, zu dem alle am Aufbau einer neuen Organisationsstruktur der gesamten Menschheitsfamilie mitarbeiten müssen, um Frieden und Eintracht unter den Völkern sicherzustellen und gemeinsam ihren ganzheitlichen Fortschritt zu fördern? Dabei ist es wichtig, Mißverständnisse zu vermeiden: Es soll hier nicht auf die Schaffung eines globalen Superstaates angespielt werden. Man will vielmehr die Dringlichkeit unterstreichen, die bereits im Gang befindlichen Prozesse zu beschleunigen. Dabei soll auf die beinahe universale Frage nach demokratischen Formen der Ausübung politischer Autorität sowohl auf nationalem wie internationalem Niveau geantwortet werden, wie auf die Forderung nach Transparenz und Glaubwürdigkeit auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens.“
- 2 Mit dieser aktuellen Thematik hat sich jüngst auch ein wissenschaftliches internationales Symposium in Rom am 23./24. Mai 2003 an der Päpstlichen Universität Gregoriana befaßt, unter dem Thema „Die Kirche und die internationale Ordnung“. Namhafte Persönlichkeiten aus Kirche und Politik haben dabei in Referaten und persönlichen Stellungnahmen versucht, die Bedeutung der Enzyklika *Pacem in terris* für die Gegenwart zu unterstreichen. Die gesammelten Referate und Diskussionsbeiträge sind zu finden bei G. CIPOLLONE, *La Chiesa e l'ordine internazionale*, Gangemi Editore, Roma 2004. Durch die mir an dieser Veranstaltung ermöglichte Teilnahme konnte ich einen persönlichen Einblick in die Wichtigkeit und Tragweite der Thematik bekommen.
- 3 Vgl. dazu besonders J. RATZINGER, *Glaube, Wahrheit, Toleranz. Das Christentum und die Weltreligionen*, Freiburg 2003 und den schon älteren Versuch von H. KÜNG, *Christentum und Weltreligionen*, München 1984. Letzteres Buch ist von der Gewißheit getragen, daß es keinen Weltfrieden ohne einen Religionsfrieden und das friedliche Zusammenleben der Kulturen geben kann. Für Ratzinger hingegen hängt das christliche Selbstverständnis und das Miteinander der Religionen sowie Freiheit, Toleranz, Glaube und Dialog entschieden mit der Frage nach der Wahrheit zusammen.
- 4 Vgl. dazu *Pacem in terris*, Nr. 35, 99.
- 5 Siehe zur Globalisierungsproblematik besonders A. T. DALFOVO, „From Global Interests to Cultural Values“, in: *Blanchette* 2001, 259-278. Interessant auch die Darstellungen bei H. BIELEFELDT, *Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos*, Darmstadt 1998.
- 6 Vgl. *Pacem in terris*, Nr. 9, 10. Eine interessante Darstellung in bezug auf die menschliche Person bietet auch der Vortrag anlässlich des Symposiums zum 40-Jahr-Jubiläum von *Pacem in terris* am 7. Oktober 2003 bei den Vereinten Nationen von J. L. TAURAN, *The Encyclical Pacem in terris forty years later: A heritage to be cultivated*, 2, in : www.holyseemission.org.
- 7 Vgl. zum Beispiel JOHANNES PAUL II., *Lectio magistralis* zur Erlangung der Ehrendoktorwürde der Universität La Sapienza, 17. Mai 2003.
- 8 Dasselbe passierte ja schon einmal am Beginn der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts am Vorabend des Zweiten Weltkrieges mit der Gesellschaft der Nationen. Auch in dieser Situation hat man den Gefahren für einen Weltfrieden zu wenig Beachtung geschenkt aufgrund der Gegensätze zwischen den Nationen, die dann folglich ausgeschieden sind, wie dem Land Italien unter Mussolini und Deutschland unter Hitler, während die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl als Institution von Präsident Wilson gutgeheißen, der Gesellschaft gar nie beigetreten waren.
- 9 Vgl. dazu *Pacem in terris*, Nr. 146.
- 10 Vgl. *Pacem in terris*, Nr. 138.
- 11 Siehe dazu besonders die jüngst erschienene und sehr informative Studie von C. GOLDT, *Mission Frieden. Christliche Offensive für eine neue Weltordnung*, Augsburg 2004, 46-64.
- 12 Vgl. zur Rolle des politischen Islam die Darstellung bei W. RÖHRICH, *Die Macht der Religionen. Glaubenskongflikte in der Weltpolitik*, München 2004, 104-108.
- 13 Vgl. zur aktuellen soziopolitischen Situationen die interessante und erst jüngst erschienene Analyse von John BUNZL, *Islam, Judaism & the Political Role of Religions in the Middle East*, Florida 2004. Der Autor beleuchtet das komplexe Verhältnis zwischen politischer nationaler Identität und den drei größeren Religionen, Islam, Christentum und Judentum und postuliert eine vergleichende Annäherung, die in der Zukunft für einen Dialog auf politischer als auch religiöser Linie notwendig erscheint. Siehe zur Geschichte des Nahost-Konfliktes auch W. RÖHRICH, *Die Macht der Religionen*, 30-42.
- 14 Vgl. JOHANNES PAUL II., *Ansprache an die Päpstliche Akademie für Sozialwissenschaften*, 27 April 2002.
- 15 Vgl. dazu S. P. HUNTINGTON, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, 1996.
- 16 Siehe dazu besonders J. L. GADDIS, *We now know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1998; P. KENNEDY, „Old Europe Cannot Be a Counterweight to the American Imperium“, in: *New Perspectives Quarterly* 20/3 (2003) 18-23.
- 17 Von der sogenannten Pax americana spricht auch C. GOLDT, *Mission Frieden*, 146-149.
- 18 JOHANNES PAUL II., *Botschaft zum Weltfriedenstag 2003, Pacem in terris: Eine bleibende Aufgabe*, 8; Ansprache beim Neujahrsempfang für das beim Hl. Stuhl akkreditierte Diplomatische Korps vom 13.1.2003.
- 19 Vgl. dazu C. GOLDT, *Mission Frieden*, 94-98.
- 20 Ähnlich sieht es auch C. GOLDT, *Mission Frieden*, 136-146. Prämissen und Perspektiven für einen interreligiösen Dialog bietet summarisch auch W. RÖHRICH, *Die Macht der Religionen*, 236-270. Erwähnt werden darf in diesem Zusammenhang auch die äußerst nützliche Textsammlung von JOHANNES PAUL II., *Versöhnung zwischen den Welten. Im Gespräch mit den Religionen*, (Hrsg. M. KOPP), München 2004. Die Sammlung möchte aus den Reden des Papstes das Engagement eines Friedenszeugnisses der Religionen sowie deren theologische Suche und politische Standortbestimmung in den Blick bekommen.
- 21 Vgl. dazu besonders *Pacem in terris*, Nrr. 103-107.
- 22 Eine große Geste dieser Art hat auch Papst Johannes Paul II. gesetzt, der anlässlich seiner Pilgerfahrt ins Heilige Land zwischen 20.-26. März 2000 nach dem Gedenken vor dem Mausoleum Yad Vashem von Jerusalem sich vor der Klagemauer einfand, um im stillen Gebet und im *Mea culpa* in einem an der Mauer niedergelegten Brief um Verzeihung für die Fehler zu beten, die die katholische Kirche in der Vergangenheit gegenüber dem Judentum begangen hatte. Ein solches Zeichen setzt eine innere Kraft frei, eine Sehnsucht, die, wenn sie sich in die geschichtlichen Ablauf begibt, ein Strahl der Hoffnung und Vision für die Zukunft werden kann. In ähnlicher Weise kann man auch die Enzyklika *Pacem in terris* als ein Zeichen, eine Geste beschreiben, die ihre Kraft und Ideen der öffentlichen Meinung zur Verfügung gestellt hatte, um auf Regierungen und internationale Organisationen positiv einwirken zu können, damit den Ursachen

- der Ungerechtigkeit und der Ungleichheit, den Konflikten der Menschheitsfamilie Einhalt geboten wird, um einen gerechten Frieden auch auf Versöhnung hin zu konstruieren.
- 23 Vgl. *Pacem in terris*, Nr. 35 und besonders über die Gerechtigkeit Nrr. 91-97.
- 24 Siehe dazu besonders den interessanten Beitrag von R. J. ARAUJO, „La Chiesa e l'ordine giuridico internazionale: l'ottica della *Pacem in Terris*“, in: G. CIPOLLONE (Hrsg.), *La Chiesa e l'ordine internazionale*, Roma 2004, 59-95. Der Autor bietet in seinem Referat, das er bei einem internationalen Symposium an der Gregoriana Ende Mai 2003 gehalten hat, einen historischen Abriss der Beziehungen von Kirche und internationaler Ordnung seit dem Erscheinen der Enzyklika *Pacem in terris*. Dabei unterstreicht er die historische als auch die juristische Bedeutung der Kirche in der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf das Gemeinwohl.
- 25 *Pacem in terris*, Nr. 126.
- 26 Vgl. dazu die Darstellung des sog. Nord-Süd Konfliktes bei C. GOLDT, *Mission Frieden*, 56-60.
- 27 Vgl. dazu *Pacem in terris*, Nr. 9: „Jedem menschlichen Zusammenleben, das gut geordnet und fruchtbar sein soll, muß das Prinzip zugrunde liegen, daß jeder Mensch seinem Wesen nach Person ist. Er hat eine Natur, die mit Vernunft und Willensfreiheit ausgestattet ist; er hat daher aus sich Rechte und Pflichten, die unmittelbar und gleichzeitig aus seiner Natur hervorgehen. Wie sie allgemein gültig und unverletzlich sind, können sie auch in keiner Weise veräußert werden.“
- 28 Vgl. *Pacem in terris*, Nr. 57-58. Auch R. R. MARTINO, „Quarant'anni fa: la *Pacem in terris*“, in: G. CIPOLLONE (Hrsg.), *La Chiesa e l'ordine internazionale*, Roma 2004, 47: „Secondo la dottrina sociale della Chiesa, la realtà dell'ordine internazionale sorge, si costituisce e trae alimento dall'uomo e per l'uomo... La centralità della persona umana e la naturale relazione tra le persone e tra i popoli sono quindi le indicazioni fondamentali della dottrina sociale della Chiesa per la comunità internazionale, la cui regolamentazione deve essere finalizzata a garantire un effettivo bene comune universale dell'umanità, salvaguardando la fisionomia e l'identità proprie di ogni popolo.“
- 29 Die jüngsten Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union gehen daher in die Richtung, von einer bloß wirtschaftlichen Union, die sie letztlich sehr stark durch die Einführung einer gemeinsamen Währung am 1. Januar 2002 geworden ist, zu einem politischen Subjekt zu werden, das seine Grundlagen in einer Verfassung findet, die im Namen aller Teilnehmerstaaten mit dem Rest der Welt und den internationalen Gemeinschaften verhandelt. Es geht darum, daß Europa immer mehr mit einer Stimme spricht. Grundlage dafür ist das eine politische Subjekt, das eine gemeinsame Vertretung nach außen ermöglicht.
- 30 Siehe dazu vor allem *Pacem in terris*, Nr. 136-137.
- 31 Vgl. dazu *Pacem in terris*, Nr. 139.
- 32 Siehe dazu *Pacem in terris*, Nr. 141. Heute wird lebhaft darüber gemutmaßt, wie der traditionelle Begriff der Souveränität eines Staates oder einer Nation möglichst rasch überholt werden könnte, sowie dies durch den Frieden von Westfalen im Jahre 1648 am Ende des Dreißigjährigen Krieges schon einmal festgehalten wurde. Damals galt es zum erstenmal, den Begriff des Gleichgewichtes zwischen den Nationen gegenüber dem Fall der Übermacht des Habsburgerreiches zum Ausdruck zu bringen. Folge davon waren erhebliche Veränderungen in der Wirklichkeit europäischer Politik. Eine Ordnung, die bis zur Expansionspolitik von Ludwig XIV. (1638-1715) unverändert blieb, auch wenn dann natürlich durch Napoleon Bonaparte die französische Expansionspolitik aufgrund anderer Intentionen bis 1815 wiederaufgenommen wurde. Aber wir wissen alle, was im 19. Jahrhundert, nach der Restauration und im 20. Jahrhundert durch die Kriege passiert ist, die nicht aufgehört haben, mit ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen den Gebrauch der Waffen zu unterbinden.
- 33 *Pacem in terris*, Nr. 142.
- 34 Siehe zu dieser konkreten Problematik nach der Suche einer Gestalt der Vereinten Nationen auch die Gedanken bei C. GOLDT, *Mission Frieden*, 157-174. Dem Autor geht es dabei um eine mehrstufige Reform der UNO, die eine schnellere und effektivere Handlungsmöglichkeit und ein subsidiäres internationales politisches System befürwortet.
- 35 *Pacem in terris*, Nr. 145.
- 36 *Pacem in terris*, Nr. 145.
- 37 Siehe dazu besonders *Pacem in terris*, Nrr. 44, 86.
- 38 Vgl. als Grundlage unter den Staaten *Pacem in terris*, Nr. 91, und zur notwendigen Solidarität Nr. 98.
- 39 *Pacem in terris*, Nr. 98. Den Zusammenhang der hier angesprochenen Problematik erläutert näher J. JOBLIN, „Pace, giustizia e solidarietà“, in: G. CIPOLLONE (Hrsg.), *La Chiesa e l'ordine internazionale*, Roma 2004, 133-152.
- 40 *Pacem in terris*, Nr. 101.
- 41 Noch achtzehn Jahre später hat Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Laborem exercens*, Nr. 18, seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck verliehen, daß die wesentlichen Grundrechte des Menschen in vielen Ländern der Erde weder anerkannt noch praktiziert wurden: „Während einerseits beträchtliche Naturschätze ungenutzt bleiben, gibt es andererseits Scharen von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten und ungezählte Massen von Hungernden, eine Tatsache, die zweifelsfrei bezeugt, daß im Inneren der einzelnen politischen Gemeinschaften wie auch in den Beziehungen zwischen ihnen auf kontinentaler und globaler Ebene hinsichtlich der Organisation, der Arbeit und der Beschäftigung irgendetwas nicht funktioniert, und zwar gerade in den entscheidenden und sozial wichtigsten Punkten.“
- 42 Das facettenreiche Wirken des gegenwärtigen Pontifex auf internationalem Gebiet illustriert anschaulich die jüngst veröffentlichte und lesenswerte Studie von U. COLOMBO SACCO DI ALBIANO, *Giovanni Paolo II. sulla scena del mondo. Magistero sociale, dialogo e diplomazia*, Milano 2004.
- 43 Darauf zielt letztlich der ganze ethische Anspruch ab, den der Heilige Stuhl in der internationalen Ordnung einbringen möchte. Vgl. dazu J.L. TAURAN, „Etica e ordine mondiale: l'apporto specifico della Santa Sede“, in: G. CIPOLLONE (Hrsg.), *La Chiesa e l'ordine internazionale*, Roma 2004, 191: „Questo servizio della coscienza è anche l'unica ambizione della diplomazia pontificia: convincere chi detiene la responsabilità delle società che la violenza, la paura, la repressione, il male, la differenza, la morte non possono avere l'ultima parola. Chi ha una certa familiarità con il cristianesimo non ne sarà sorpreso: il cristiano, infatti, non crede alla fatalità della storia, ma egli sa che, con l'aiuto di Dio, l'uomo può cambiare il corso degli eventi del mondo.“